LATEINAMERIKA 12.05.2026 | Ingrid Ross & Sebastian Sperling

Da geht noch was

Europas neue Mittelmacht-Allianz? Im Trump-Zeitalter wird Lateinamerika strategisch wichtiger denn je.

Trumps Außenpolitik verändert nicht nur das transatlantische Verhältnis. Sie zwingt Europa auch dazu, die Zusammenarbeit mit den Ländern Lateinamerikas zu verstärken. Denn wie der kanadische Premierminister Mark Carney in seinem Plädoyer für eine vertiefte Kooperation der Mittelmächte treffend formulierte: „Wenn wir nicht am Tisch sitzen, dann stehen wir auf der Speisekarte." Das gilt für europäische Nato-Partner ebenso wie für die Länder des von Trump wie der „US-Hinterhof" behandelten Kontinents. Es ist höchste Zeit, dass Europa seine Allianzen mit diesem Kontinent der Mittelmächte (Brasilien, Mexiko, Argentinien, Chile, Kolumbien) intensiviert.

Europa und die Staaten Lateinamerikas, die ihren Kurs in schwierigem Fahrwasser zwischen den Polen USA und China finden müssen, sollten dabei verstärkt auf das Potenzial für eine strategische Partnerschaft zwischen beiden Regionen setzen. Beide Seiten eint das Interesse an strategischer Autonomie, an multilateraler Kooperation und an einer internationalen Ordnung, die nicht allein von Großmachtkonkurrenz geprägt wird. Dass eine solche Partnerschaft auf gesellschaftliche Resonanz stoßen könnte, zeigen die Umfragedaten des AMLAT-Radar aus der Region. Drei für die Gestaltung unserer Beziehungen zu Lateinamerika relevante Erkenntnisse lassen sich daraus ziehen:

Erstens wächst in Lateinamerika das Bedürfnis nach Alternativen zu den USA als internationalem Partner. Keine globale Führungsfigur generiert mehr Misstrauen auf dem Kontinent als Präsident Trump. Sowohl die Auswirkungen seiner Außenpolitik als auch die bilaterale Kooperation werden extrem negativ bewertet – was angesichts seiner *Bullying*-Methoden, von Wahlbeeinflussung bis hin zu völkerrechtswidrigen Militäraktionen, nicht verwundert. Jüngst enthüllte das spanische Portal *Canal Red* mit dem Skandal „Hondurasgate", dass ein ultrarechtes Netzwerk Desinformationskampagnen zur Destabilisierung der progressiven Regierungen in Kolumbien und Mexiko plane, unter anderem mit finanzieller Unterstützung des argentinischen Präsidenten Milei. Die überraschende Freilassung des ehemaligen honduranischen

Präsidenten Hernandez aus der Haft in den USA ist nur ein Puzzleteil einer Strategie, die die Souveränität der Länder des Kontinents bedroht.

Zweitens existiert in Lateinamerika wenig Interesse an einer neuen globalen Blockbildung. Zwar sieht knapp die Hälfte der Befragten ihr Land unter Druck, sich zwischen den USA und China entscheiden zu müssen. Gleichzeitig hat die Wahrung strategischer Autonomie hohe Priorität. Entsprechend werden China, den USA und Europa eher komplementäre Rollen zugeschrieben. Besonders bemerkenswert ist dabei Chinas Ansehensgewinn. Seit der letzten Umfrage hat nur Peking seine Position verbessert – nicht nur bei Technologie, Handel und Infrastruktur, sondern zunehmend auch in Kultur und Bildung. China hat die USA inzwischen sogar als bevorzugtes Entwicklungsmodell abgelöst.

Europa wird als führende Kraft gesehen bei der Verteidigung der Menschenrechte, humanitärer Hilfe, Umwelt- und Klimaschutz sowie bei der Friedenssicherung.

Für Europa muss der Ansehensgewinn Chinas kein Problem sein: Die Daten des AMLAT-Radars legen – drittens – für Europa eine sehr relevante komplementäre Rolle nahe. Gerade bei den Themen, die weit oben auf der lateinamerikanischen Sorgenliste rangieren, wird Europa weiterhin als führende Kraft gesehen: bei der Verteidigung der Menschenrechte, humanitärer Hilfe, Umwelt- und Klimaschutz sowie bei der Friedenssicherung. Die Kompetenzzuschreibung in diesen Bereichen ist in den letzten vier Jahren zwar verblasst. Zudem verliert Europa deutlich an Attraktivität als Integrations- und Entwicklungsmodell, die bilaterale Kooperation wird kritischer bewertet und Europas strategische Autonomie von den USA weniger stark eingeschätzt als noch vor vier Jahren – all das ist ein Weckruf, aktiv zu werden. Dennoch bleibt Europa insbesondere beim Klima- und Umweltschutz sowie im Kampf gegen Armut und Ungleichheit ein bevorzugter Partner. Genau darin liegt Europas strategische Chance.

Statt Lateinamerikas Beziehungen zu China aus einer Logik des alten Blockdenkens heraus reflexhaft zu problematisieren, sollten Deutschland und Europa sich vor diesem Hintergrund fragen, wie sie als Partner wieder an Attraktivität gewinnen könnten. An Kooperationsbereitschaft und -erwartungen mangelt es in Lateinamerika gegenüber Europa nicht –

speziell entlang einer progressiven Agenda. Vier Themen drängen sich auf:

Erstens die Klima- und Umweltpolitik. Der Kontinent hat für das globale Klima aufgrund der großen Flächen von Primärwald und der großen Biodiversität eine enorme Bedeutung. In den vergangenen Jahren haben sich immer wieder Koalitionen aus kooperationswilligen Ländern zum Umwelt- und Klimaschutz zusammengetan, wobei europäische und lateinamerikanische Länder eine Pionierrolle einnahmen: Vor kurzem kamen in Kolumbien 60 Länder zur ersten Konferenz *Transitioning away from Fossil Fuels* zusammen, um den Ausstieg aus fossilen Energien voranzutreiben. Gastgeber waren Kolumbien und die Niederlande.

Zweitens Handel und Investitionen: Für Europa steht derzeit vor allem die Absicherung von Lieferketten und Exportmärkten im Vordergrund. Hintergrund sind die eigene Wirtschaftskrise und die kriegsbedingten Verwerfungen des Welthandels. In Lateinamerika wünscht man sich allerdings von Europa keinen neuen Extraktivismus, der meist verwüstete Landschaften hinterlässt und kaum Entwicklungseffekte hat. Gefragt sind vielmehr Investitionen und Handelsbeziehungen, die so gestaltet sind, dass sie zur materiellen Verbesserung der eigenen Lebensumstände beitragen. Die Interessenkongruenz in Zeiten des US-amerikanischen Zollkriegs hatte bereits Anfang Mai zur vorläufigen Inkraftsetzung des EU-Mercosur-Handelsabkommens geführt. Hier – wie auch bei anderen Handelsabkommen – gilt es dementsprechend, nun bei der Umsetzung auf die sozialen, die wirtschaftlichen und auf die Umwelteffekte zu achten.

Drittens teilt Lateinamerika mit uns ein großes Interesse an der Verteidigung und Vertiefung der Demokratie. Einer der Hauptbeweggründe für die progressiven Regierungschefs Lateinamerikas, sich 2024 in der Allianz *Democracia Siempre* zusammenzuschließen, war die Sorge um die Aushöhlung der Demokratie durch Desinformationskampagnen. Der Gefahren der Dominanz der US-amerikanischen Tech-Konzerne sind sie sich bewusst. Brasilien wagte es gar, Musks Plattform X abzuschalten, als sich diese nicht an die brasilianische Rechtsprechung hielt. Eine tatsächliche digitale Souveränität und Unabhängigkeit durch den Aufbau eigener digitaler Infrastruktur – Hardware wie Software – ist jedoch noch in weiter Ferne. Dies könnte ein wichtiges Thema für die Kooperation sein: Alternativen zu entwickeln, die sich den Akkumulationsmechanismen und der Herrschaft von Monopolkonzernen entziehen. Als weitere zentrale demokratiezersetzende Bedrohung werden in Lateinamerika der Drogenhandel und das organisierte Verbrechen gesehen – auch hier sind Erwartungen mit Europa verbunden.

Eng verbunden mit der Demokratiekrise ist der vierte Kooperationsbereich: Für den Abbau der Ungleichheit schaut Lateinamerika ebenfalls nach Europa. Dabei geht es um die Bekämpfung von Armut und gesellschaftlicher Ungleichheit, aber eben auch um die internationale Dimension. Verständigungen über die Besteuerung von digitalen Dienstleistungen, über Strategien gegen die extreme Konzentration von Reichtum und konkret das Vorantreiben der globalen Mindeststeuer sollten Teil dieser gemeinsamen Agenda sein. Der Kampf gegen Steueroasen und Geldwäsche sowie die Umgestaltung internationaler Finanzsysteme und ein Schuldenerlass sollten ebenfalls neuen Impetus erhalten.

Europa und Lateinamerika verbindet das Interesse, auch in einer polarisierten Welt politische Handlungsfähigkeit zu bewahren.

Für eine solche Agenda gäbe es eine sehr fruchtbare Grundlage kultureller Nähe sowie geteilter Werte und Einstellungen. Die Umfrage offenbart in Lateinamerika unverändert breite Unterstützung für Demokratie, Menschenrechte, Kooperation und Frieden. Auf Regierungsebene ist das Interesse an einer progressiven Agenda aktuell freilich gemischt: Während die Staatsoberhäupter Brasiliens, Mexikos und Kolumbiens den weltweiten Schulterschluss mit Progressiven suchen, haben andere – wie Argentiniens libertärer Präsident Milei – Trump Gefolgschaft geschworen. Der außenpolitische Kurs kann sich in den Ländern Lateinamerikas jedoch mit einem Regierungswechsel schlagartig ändern, wie 2022 in Brasilien und nun Anfang diesen Jahres in Chile zu sehen war. Im Interesse der Nachhaltigkeit sollten Deutschland und Europa die Zusammenarbeit daher nicht nur mit den Regierungen, sondern auch auf gesellschaftlichen Ebenen fördern.

Die Gelegenheit für Europa, seine Sichtbarkeit in Lateinamerika zu erhöhen, ist derzeit günstig. Denn viele Länder der Region suchen bewusst nach Alternativen und sehen Europa trotz verblassenden Ansehens weiterhin als wichtigen Partner für Demokratie, soziale Gerechtigkeit sowie Klima- und Umweltpolitik. Genau darin liegt die strategische Chance für beide Seiten: Europa und Lateinamerika verbindet das Interesse, auch in einer polarisierten Welt politische Handlungsfähigkeit zu bewahren. Mit Blick auf die eigene Bedeutung auf der globalen Bühne ist man in Lateinamerika selbstbewusst – und zuversichtlich: In fünf Jahren sieht man sich zwar weiterhin deutlich

hinter den USA und China, aber in etwa auf Augenhöhe mit Europa. Mittelmächte eben.



Ingrid Ross
Berlin

Ingrid Ross ist Leiterin des Referats Lateinamerika und Karibik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war sie als Leiterin der Zeitschrift *Nueva Sociedad* in Buenos Aires sowie u.a. der Büros in Costa Rica, Guatemala und Honduras tätig.



Sebastian Sperling
Buenos Aires

Sebastian Sperling leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Argentinien und ist Direktor der Zeitschrift Nueva Sociedad. Zuvor war er für die FES in Südafrika, Uruguay, Nigeria, Kenia und Berlin tätig.